



Mitteilung

Berlin, den 1. Oktober 2014

**Die 21. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
findet statt am
Mittwoch, dem 8. Oktober 2014, 9:30 Uhr
Berlin
Paul-Löbe-Haus, Saal E 300**

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-32407
Fax: +49 30 227-36724

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-30299
Fax: +49 30 227-36327

- nicht öffentlich -
Die Benutzung von Mobiltelefonen im Sitzungssaal ist nicht gestattet!

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des
Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015
(Haushaltsgesetz 2015)**

BT-Drucksache 18/2000

Gutachtliche Stellungnahme

Federführend:

Haushaltsausschuss

Gutachtlich:

Innenausschuss

Sportausschuss

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und

Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Kultur und Medien

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung



Tagesordnungspunkt 2

Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft e.V. (DKG),
Georg Baum

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Abgeordneten Frank Tempel, Jan Korte,
Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und
der Fraktion DIE LINKE., der Abgeordneten Dr.
Harald Terpe, Maria Klein-Schmeink, Elisabeth
Scharfenberg, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beabsichtigte und unbeabsichtigte Auswirkungen des Betäubungsmittelrechts überprüfen

BT-Drucksache 18/1613

*Einführung und Beschlussfassung zur Durchführung einer
öffentlichen Anhörung*

Federführend:

Ausschuss für Gesundheit

Mitberatend:

Innenausschuss

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung

Tagesordnungspunkt 4

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU
und SPD

zu der vereinbarten Debatte Deutschlands Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie

BT-Drucksache 18/2607

Einführung und Abschluss der Beratung

Federführend:

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Haushaltsausschuss

Frist für die Abgabe der Voten: 08.10.2014



Tagesordnungspunkt 5

Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Ulla Jelpke, Halina Wawzyniak, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Wiedereingliederung fördern - Gefangene in die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einbeziehen

BT-Drucksache 18/2606

Einführung und Abschluss der Beratung

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Innenausschuss

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Frist für die Abgabe der Voten: 08.10.2014

Tagesordnungspunkt 6

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Sozialbericht 2013

BT-Drucksache 17/14332

Einführung und Abschluss der Beratung

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Tourismus

Frist für die Abgabe der Voten: 08.10.2014

Tagesordnungspunkt 7 (Verschiedenes)

- a) Sachstandsbericht und Einschätzung des Bundesministeriums für Gesundheit zur derzeit im Gemeinsamen Bundesausschuss beratenen Erprobungsrichtlinie für einen „Nichtinvasiven molekulargenetischen Pränataltest zur Bestimmung des Risikos von fetaler Trisomie 21 bei Schwangeren, deren Ungeborenes hierfür ein erhöhtes Risiko hat“

Dr. Edgar Franke, MdB
Vorsitzender